

# Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

(Nichtamtlicher Bericht.)

Die gestern abend von 8.20 Uhr ab in der Aula der Oberrealschule stattgefundene öffentliche Sitzung der Stadtverordneten war von 30 Mitgliefern des Kollegiums besucht. Es fehlte entschuldigt nur Herr Stadtverordneter Kühling (Bürgerl.). Am Ratstische hatten Platz genommen die Herren Bürgermeister Hans und Stadtrat Dr. Schroeter. Der Rednerstuhl war nur mäßig besetzt. Die ursprünglich 13 Punkte umfassende Tagesordnung wurde mit Zustimmung des Kollegiums um weitere 3 Punkte erhöht. Die Beschlusfassung über die zur Beratung stehenden Angelegenheiten erfolgte teilweise debattelos, teilweise ohne umfangreiche Aussprache. Die Sitzung leitete Herr Stadtverordneter Wende.

Vor Erledigung der Tagesordnung gedachte Herr Vorsitzender Me nde der schicksalsschweren Grubenkatastrophe in Dortmund. Er widmete den auf so tragische Weise ums Leben gekommenen braven Verarbeiteten Worte ehrenden Gedanken und bat, den schwerbetroffenen Hinterbliebenen, denen leider die unersehlichen Verluste nicht zurückgegeben werden könnten, wenigstens weitestgehende materielle Unterstützung zuteil werden zu lassen. Man wolle auch von dieser Stelle aus die Mitbürger bitten, sich an der Hilfsmission nach besten Kräften zu beteiligen. Das Kollegium, sowie sämtliche Anwesende hatten sich zum Zeichen der Trauer von den Plätzen erhoben.

Die Tagesordnung wurde sodann wie folgt erledigt:

## Nichtsprache verschiedener Rechnungsabläufe.

Die Abläufe des Gaswerkes und des Wasserwerks Gröba auf 1922/23, ferner des Wasserwerks Niesla, sowie des Gaswerkes Niesla sind von den zuständigen Stellen geprüft worden. Erinnerungen sind nicht zu stehen gemeldet. Die Abrechnungen sind auch von Mitgliedern der Stadtfraktionen durchgesehen und auf ihre Richtigkeit geprüft worden. Die Rechnungswerte sind zum größten Teile Ergebnisse aus der Anfallzeit. Der Rat hat die Abläufe richtiggeprüft und schließt dem Kollegium vor, die Nichtsprache ebenfalls zu vollziehen, was einstimmig erfolgte.

Der Rohgewinn des Wasserwerks Niesla von rund 10000 Mk. soll reiflos dem Erneuerungsfonds zugewiesen werden. Von dem Reingewinn des Gaswerkes in Höhe von 52 284,75 Mk. hatte der Betriebsauschuss vorgeschlagen, 12 284,75 Mk. der Stadtkasse zu überweisen und die übrigen 40 000 Mk. als Rücklage für den Erneuerungsfonds anzulegen. Der Rat hat hierzu den Wunsch zum Ausdruck gebracht, von den Erträgen etwa 10000 Mk. mehr wie vorgeschlagen der Stadtkasse zu überweisen. — Die bürgerliche Fraktion empfiehlt, den Vorschlag des Rates mit Rücksicht auf die bevorstehenden dringenden Verbesserungen und Erneuerungen abzuweichen und dem Vorschlag des Betriebsauschusses zuzustimmen. Die Abstimmung ergab, daß die Ratsmehrheit, von 13 Stimmen der Rechten angenommen wurde, jedoch also an die Stadthauptkasse ein Betrag von circa 22 000 Mk. abgeführt wird.

## Beschaffung einer Wohnung im Gaswerk II.

Mit der Neuerrichtung einer Wohnung im Gaswerk II nach dem Vorschlag des Bauauschusses erklärte sich das Kollegium einverstanden und bewilligte die Baukosten, die vom städt. Bauamt auf 900 Mk. errechnet worden sind.

## Scheunen-Neubau im Rittergut Merzdorf.

Die zum Rittergut Merzdorf gehörige Scheune befindet sich in sehr baufälligen Zustande, weshalb sich der Rittergutsauschuss genötigt gesehen hat, der Frage eines Neubaus näherzutreten. Er hat beschloffen, vorzuschlagen, das alte Scheunengebäude abbrechen und eine neue Scheune mit allen einem modernen landwirtschaftlichen Betriebe entsprechenden Einrichtungen erbauen zu lassen. Der Neubau nach der vom städt. Bauamt vorgeschlagenen Ausführung würde einschließlich der Abbrucharbeiten rund 70 000 Mk. Kosten erfordern. Der Rat ist dem Vorschlag beigestiegen. Auch das Stadtverordneten-Kollegium erklärte sich mit dem Bauvorhaben einverstanden und bewilligte einstimmig die benötigten Mittel.

## Beschaffung von 500 Druckstücken des neuen Stadtplanes.

Die Firma Paul Herrmann Dresden hat von dem neuen Bedarfsplan der Stadt Niesla vierfarbige Abzüge hergestellt und der Stadt Druckstücke in dieser Ausführung zum Preise von 900 Mk. für 500 Stück angeboten. In einem späteren Angebot hat die Firma mitgeteilt, daß sie bereit ist, bei einer Preisermäßigung um 200 Mk. die auf dem Plane befindlichen öffentlichen Gebäude, sowie die Stadtgrenze in rotem Druck besonders einzuzichnen. Die Bedarfsplan-Kommission hat beschloffen, die Anschaffung von 500 Druckstücken vorzuschlagen. Dieien Vorschlag ist der Rat beigestiegen. Das Kollegium genehmigte einstimmig die Anschaffung der Druckstücke in der von der Firma vorgeschlagenen Ausführung und bewilligte den Betrag von 1100 Mk.

Auf Antrag der S.D.-Fraktion wurde einstimmig beschloffen, den Mitgliedern des Rates und des Stadtverordneten-Kollegiums je ein Exemplar des Planes zu Orientierungszwecken unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

## Verlegung der Stückgüterbahnstation.

Dieses Projekt, das für die Stadt Niesla und insonderheit für die diesige Industrie und den Handel von weittragender Bedeutung ist, hat die städtischen Körperschaften schon mehrfach beschäftigt. In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung ist nun einstimmig beschloffen worden, der Verlegung der Stückgüterbahnstation, die sich bekanntlich jetzt gegenüber dem Personenbahnhofsgebäude befindet, zuzustimmen. Die Verlegung erfolgt auf Antrag der Linien-Inspektions-Kommission A. G., die beabsichtigt, die Erweiterung des diesigen Martinwerkes, welche aber nur nach der Bahnseite zu möglich ist, vorzunehmen. Die mit der Werkdirektion gepflogenen Unterhandlungen haben weitgehendes Entgegenkommen gezeigt, jedoch sich der Bauauschuss und der Rat bereit gefunden haben, der Verlegung der Stückgüterbahnstation unter den vorgeschlagenen Bedingungen zuzustimmen. Herr Stadtverordneter Schneider (Soc.), der als Berichterstatter bestellt worden war, verlas die Niederschriften über die Verhandlungen und Beratungen. Eine Aussprache erfolgte nicht. Die Angelegenheit war bereits in den Sitzungen der einzelnen Fraktionen eingehend erörtert worden. — Wir werden in einer der nächsten Ausgaben des „Nieslaer Tageblatt“ nochmals des Näheren auf das Projekt zukommen.

## Antrag der Firma Seidler & Co. A.-G. betr.

Die Fa. Nieslaer Waagenfabrik Seidler & Co. A.-G. hatte in einem Gesuche um Einziehung der nach dem Bauauschussplan von 1891 geplanten Straße 68 und eines Teiles der geplanten Straße 67 gebeten. Ferner war von ihr gebeten worden, die Breite der geplanten Straße 67 von 15 Meter auf 8 Meter herabzusetzen und die Vorschriften über die Bebauung in offener Bauweise mit Vorgärten an der Westseite dieses Straßenzuges aufzuheben. Auch wünschte die Fa. den Fortfall der Vorrichtung zur Anlage von Abwasserkanälen an der Straße nordöstlich des Lutherplatz-

Straße 65. — Die Angelegenheit ist zunächst vom Stadtbaumeister beantragt worden. Nachdem sich auf Vorschlag des Bauauschusses mit den beteiligten Anliegern und auch mit der Antragstellerin verhandelt worden. Bei dieser Verhandlung war von sämtlichen Anliegern der geplanten Straße 67 gegen Einziehung dieser Straße Widerspruch erhoben worden. Nach dieser Verhandlung hatten jedoch verschiedene Widersprechende ihren Widerspruch zurückgezogen. Es hatte sich daraufhin nochmals eine Verhandlung mit sämtlichen Anliegern und der Antragstellerin nötig gemacht. In dieser Verhandlung haben nunmehr nur noch 2 Anlieger an ihrem erhobenen Widerspruch gegen Einziehung der vorerwähnten Straße festgehalten, da nach deren Ansicht bei einem Wegfall der geplanten Straße ihre Grundstücke wesentlich verlieren.

Die Fa. Seidler dagegen hat sich mit der vom Bauamt vorgeschlagenen Verringerung der Straßbreite der geplanten Straße 67 auf 10 Meter Breite und auf der westlichen Seite geschlossener Bauweise bis zu 2 Gehhöhen Höhe unter der Bedingung einverstanden erklärt, daß die Straße 68 in Wegfall kommt. Auch würde sie sich unter dieser Bedingung damit einverstanden erklären, wenn die Straße 65 in 10 Meter Breite mit 5 Meter breiten Vorgärten an der Seite der Antragstellerin und geschlossener Bauweise bis zu 3 Gehhöhen Höhe ohne ausgebauten Dachgeschoß und Nichtunterbringung von gewerblichen Räumen in den in geschlossener Bauweise zu errichtenden Wohngebäuden vorgezogen wird.

Hierauf ist die Angelegenheit durch den Bauauschuss der Bedarfsplan-Kommission überwiegen worden. Diese Kommission hat nach eingehender Beratung empfohlen, die Antragstellerin dahin zu beschreiben, daß man, solange die beiden Widersprüche nicht beseitigt seien, im Hinblick auf § 27 des A. G. Bauverbot nicht in der Lage sei, die nach dem genehmigten Bauauschussplan von 1891 vorgesehene Straße 68 zu befestigen, zumal hierfür keine genügenden öffentlichen Interessen darzulegen worden seien, die den Wegfall dieser Straße erforderten.

Bezüglich der Straße 67 und 65 ist empfohlen worden, das ihr vorgeschlagene Entgegenkommen wieder in Aussicht zu stellen. Auch soll ihr anheim gegeben werden, entweder gewichtige öffentliche Interessen dem Rate nachzuweisen oder tunlichst die bestehenden beiden Widersprüche zu beseitigen. Diesem Vorschlag ist der Rat beigestiegen, auch das Stadtverordneten-Kollegium schloß sich dem Vorschlag an.

## Siedlungsgebiete in Merzdorf betr.

Dem Antrage des A. G. Sächs. Siedlerverbandes, Ortsgr. Merzdorf, auf Ausgabe von Gartengrundstücken auf dem Rittergut Merzdorf gebührendes Gelände hatte der Rat nach Gehör der zuständigen Ausschüsse beschloffen, dadurch zu entsprechen, daß hierzu das Flurstück 50 — ehem. Krautgarten — verwendet werden sollte. Für dieses Gelände ist nun ein entsprechender Aufteilungsplan aufgestellt worden. Nachdem für die auf diesem Gelände geplante 10 Meter breite Verbindungsstraße entlang der Döllnig zwischen der von Gröba nach Merzdorf und der von Merzdorf nach Wödrn führenden Straße vom Wasseramt für die Döllnig genehmigt worden ist, ist von der Bedarfsplan-Kommission beschloffen worden, das Bedarfsplan-Versahren nach § 27 des A. G. S. G. durchzuführen. Dabei hat jedoch die Kommission empfohlen, die nach dem Plan vorgesehene Straße nur insofern in einer Breite von 10 Meter vorzusehen, wie es die vorzunehmende Geländeaufhebung erforderlich macht. Im übrigen soll sie aber nur in einer Breite von 6 Metern ausgebaut und die weiteren 4 Meter entlang der Döllnig als Grünstreifen hergestellt werden. Diesem Vorschlag ist der Rat beigestiegen. Das Kollegium beschloß im Sinne des Vorschlages.

In dieser Angelegenheit war nun auch der Vorstand des Merzdorfer Siedlerverbandes zu dem aufgestellten Aufteilungsplan — der 42 Parzellen, und zwar 38 auf städtischem und 4 auf nicht städtischem Gelände vorliegt — gebildet worden. Es war dabei von diesem Verbande gebeten worden, auf dem fraglichen Gelände nicht 42, sondern nur 38 Parzellen vorzuziehen. Durch eine solche Aufteilung sollte ermöglicht werden, daß auf die einzelne Parzelle nicht nur 500 Quadratmeter, sondern 600 Quadratmeter Land entfallen. Für eine Rentabilität der einzelnen Siedlungsparzellen wird von den Siedlern diese Landaufteilung unbedingt für erforderlich gehalten. Dieser Wunsch hat den Grundstücks- und Bauauschuss beschäftigt. Auf Vorschlag dieses Ausschusses hat sich nun der Rat nicht in der Lage gesehen, dem Wunsche der Siedlergruppe Merzdorf zu entsprechen, da man den hier eingeleiteten Siedlern gleichfalls nicht mehr Land zuweise und andererseits das zur Verfügung stehende städtische Land auch nur für 38 Parzellen ausreichte. Im übrigen ist beschloffen worden, mit den in Frage kommenden Siedlern dahingehend zu verhandeln, daß sie das Land unter den gleichen Bedingungen wie die Nieslaer Siedler zugewiesen erhalten sollen. Eine Ausgabe des Landes soll dabei aber erst dann erfolgen, wenn das noch durchzuführende Bedarfsplan-Versahren die gegen Bedenken nicht mehr geltend machen läßt. — Dem Beschlusse des Bauauschusses und des Rates trat das Kollegium einstimmig bei.

## Siedlungsgebiete an der Stegerstraße.

Zur Durchführung des Bedarfs- und Straßennutzungsplan-Versahrens für dieses Siedlungsgebiete ist vom Stadtbaumeister ein entsprechender Bedarfsplan aufgestellt worden, der in einem Abstand von ungefähr 60 Meter von der Friedhofsmauer eine 9 Meter breite Straße und entlang des Dogemännischen Grundstückes nach dem Friedhof wie auch vom Schützenhaus nach dem Friedhof eine Verbindungsweg vorzieht. Zu dieser Planung sind bereits die betr. Anlieger gebort worden, die irgendwelche Widersprüche nicht erhoben haben. Die Bedarfsplan-Kommission hat hierzu vorgeschlagen, den vorgelegten Bedarfsplan zu verabschieden. Der Rat hat diesem Vorschlag zugestimmt. Das Kollegium erklärte sich ebenfalls einverstanden.

## Übernahme der Umbau- und Malerarbeiten für das Heimatmuseum.

Infolge Einnahme eines Raumes im ersten Stock des früheren Kalkengrabenhauses an der Wuppiger Straße zu Museumszwecken war die Errichtung einer Verbindungstreppe und die Ausbesserung von Malerarbeiten erforderlich. Die Kosten für die Arbeiten belaufen sich insgesamt auf rund 642 Mk. Bauauschuss und Rat haben auf Antrag beschloffen, die Kosten auf die Stadtkasse zu übernehmen. Das Kollegium trat dem Beschlusse einstimmig bei.

## Ausführung von Ueberhöhen und städtischen Betrieben.

Auf Anregung des Rates hatte bekanntlich das Stadtverordneten-Kollegium in einer früheren Sitzung beschloffen, den Rat zu ermächtigen, die Verwaltungen bzw. die zuständigen Ausschüsse nochmals um Nachprüfung anzugehen, ob es nicht möglich sei, weitere Beträge aus den Erträgen der städtischen Betriebe an die Stadtbauplanstelle abzuführen. Der Betriebsauschuss hat nunmehr mitgeteilt, daß sich aus den Erträgen des Gaswerkes eine höhere als in dem Haushaltsplan eingelegte Summe nicht erbringen lässe, hingegen könne aus den Erträgen des Wasserwerkes ein weiterer Betrag in Höhe von 10 000 Mk. der Stadtbauplanstelle zugeführt werden. Der Rat hat beschloffen, sich mit diesen Ergebnissen zu begnügen. Das Kollegium nahm hiervon Kenntnis.

## Der Vorschlag

Aufnahme eines Darlehens zur Finanzierung von Baumaterialien

wurde auf Antrag in die nichtöffentliche Sitzung verwiesen. Das Wohnungsbauprogramm wird auf Beschluß des Rates in kürzester Zeit anberaumt werden. Das Kollegium nahm von dem Beschlusse zum Kenntnis.

## Jugendburg Hohstein betr.

Die Jugendburg Hohstein (Sächs. Schweiz) ist bekanntlich von der sächsischen Regierung für den Verband Deutsche Jugendherberge — Zweigauschuss Sachsen in Dresden — errichtet worden. Zur teilweisen Vorkostung der Vorkostungs- und Unterhaltungskosten wendet sich der Verband zwecks Unterstützung auch an die sächsischen Gemeinden. Der Finanzauschuss hat vorgeschlagen, für obige Zwecke 150 Mk. aus städtischen Mitteln beizutragen. Dielem Vorschlag ist der Rat beigestiegen. Der Betrag wurde einstimmig bewilligt.

## Einladung.

In einem Schreiben an das Stadtverordneten-Kollegium wendet sich Herr Max Arnold, Inhaber der Elektrotechnischen Werkstätten, gegen das noch bestehende Monopol der diesigen Elektrizitätswerke und bittet um Aufhebung dieses Zustandes. Das Kollegium nahm von der Eingabe Kenntnis und erklärte sich mit deren Ueberweisung an den Rat einverstanden.

Kenntnis genommen wurde ferner von einer Einladung der Literarischen Vereinigung der Oberrealschule zu Niesla zu dem am 23. Februar stattfindenden Theaterabend.

## Hilfswert für die Hinterbliebenen der Dortmund-Bergwerkskatastrophe betr.

Das Kollegium beschloß einstimmig, dem Hilfswert zunächst den Betrag von 500 Mk. auszuführen. Hiermit erreichte die Sitzung gegen 1/8 Uhr ihr Ende. — Es folgte nichtöffentliche Sitzung.

## Verliches und Sächsisches.

Niesla, den 18. Februar 1925.

— Ein betrübender Auto-Unfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich gestern nachmittag in der 2. Stunde auf der Landstraße Seerhausen-Rabitz bei Niesla. Zu genannter Zeit passierte der Personkraftwagen des Freiherrn v. Frisch auf Rittergut Seerhausen, welcher den Wagen selbst lenkte, die Straße am Dorfe Rabitz, als das 56jährige Schicksal des Hofarbeiters Donath, nachdem es zunächst zur Seite getreten war, plötzlich umkehrte und von dem Wagen so unglücklich erfaßt wurde, daß das Vorderrad über den Kopf des Kleinen hinweggefahren ist, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Wagen, der nur in mäßiger Geschwindigkeit fuhr, konnte sofort angehalten werden. Der kleine Leichnam wurde zwischen Vorder- und Hinterrad aufgehoben. Wie und mitgeteilt wird, haben die sofort aufgenommenen polizeilichen Ermittlungen ergeben, daß dem Wagenführer keine Schuld an dem bedauerlichen Unfall trifft. Es soll durch Zeugen festgestellt worden sein, daß der Wagen nicht übermäßig schnell gefahren ist und daß auch rechtzeitig Bremsenklänge gegeben worden sind.

— 2. Nieslaer Modenschau. Der im vorigen Herbst mit großem Beifall ausgenommenen Modenschau läßt die Fachschule Niesla mit gütiger Unterstützung hiesiger als leistungsfähiger anerkannter Firmen eine Frühjahrs-Modenschau am 20. und 27. Februar im Wettiner Saal folgen. Wer die vorjährige Schau mit ihren interessanten Vorführungen besucht hat, wird sich noch gern dieser neuartigen Veranstaltung erinnern. Viele fanden damals wegen Ueberfüllung des Saales keinen Einlaß. Deshalb sind diesmal 4 Vorführungen ins Auge gefaßt worden. Auch numerierte Plätze sind in beschränkter Anzahl zu haben. Während der Vorführungen wird ein gutes Künstlerkonzert geboten. Infolge der regen Nachfrage ist der Partenvorverkauf bereits eröffnet und man wird auch tunlichst bald einen Platz zu sichern. Man beachte auch das diesbezügliche Inserat auf Seite 4 dieser Nr. N.-r.

— Volkskirchliche Laubhunde, Ortsgruppe Gröba. Der nach langer Pause veranstaltete Vortragabend zeigte, daß das alte Interesse an der Arbeit der Ortsgruppe noch reg ist. Herr Direktor Richter, jetzt Leiter des Deutschen Evangelischen Filmbienstes in Dresden, ist aber auch der Mann, es regt zu erhalten. In seiner Erzählung berichtete er von seiner Reise zu seinen Freunden in Finnland, schilderte Land und Leute, äußerte auch innere Kultur, und betonte besonders das starke nationale und religiöse Leben der Finnländer. Der treffliche Vortrag wurde erläutert und ergänzt durch prächtige Lichtbilder. Alle Zuhörer empfingen durch Wort und Bild einen tiefen Eindruck von der Schönheit des Landes und den prächtigen Menschen, die es bewohnen. Der Abend wurde bereichert durch mehrere Vorträge des Besonderen des Ev.-luth. Jungmännervereins Gröba. Der Vorf. der Ortsgruppe hielt eine kurze Begrüßungsansprache und gedachte des verstorbenen Ausschufmitgliedes Bernhard Wagner, an dessen Stelle Herr Zeurig-Reurgröba gewählt wurde. Weitere Veranstaltungen der Ortsgruppe sollen folgen.

— Von der Synode. Von der „Freien Volkskirchlichen Vereinigung“ geht uns folgendes mit der Bitte um Veröffentlichung an: Unter obiger Ueberschrift ist jüngst durch einen Teil der sächsischen Presse die Notiz gegangen, daß aus der Gemeinde Schönefeld bei Großhain eine Eingabe an die Synode gerichtet worden sei, worin diese erucht wird, die Verlegung des Ortszeitungsbereichs herbeizuführen. Es handelte sich um den Leiter des Verbandsauschusses der Freien Volkskirchlichen Vereinigung, Herr Dr. Wehlofe. Dieser in unverantwortlicher Weise irreführenden Veröffentlichung, deren Urheber uns unbekannt ist, das Recht zu brechen, sei folgendes vor aller Öffentlichkeit festgesetzt: Herr Dr. Wehlofe ist vor einiger Zeit von einigen wenigen persönlichen Gegnern, denen er unbequem ist, beim Rektorat verhaftet worden. Dieses hat aber nichts gefunden, was gegen ihn sprach. Nun versuchen es diese Herren hinter dem Rücken der Gemeinde bei der Synode. Die gesamte Kirchengemeindervertretung wußte von dieser Eingabe nichts. Sie hat erst durch die Presse von derselben erfahren. Die Vertreter der angeschlossenen Gemeinden Niesla und Tschandorf aber haben Herrn Dr. Wehlofe erklärt, daß ihre Gemeinden geschlossen hinter ihm stehen. So der Tatbestand. Eingeweihten Kreisen ist bei der Charakterisierung Wehlofes als Leiter des Verbandsauschusses der Freien Volkskirchlichen Vereinigung, der er nicht einmal ist, die Tendenz obiger Meldung nur allzu deutlich erkennbar.

— Bezirksversammlung des Landw. Kreisvereins Dresden. Kommen den Sonnabend hält der Landw. Kreisverein Dresden in Niesla in der Oberterrasse Bezirksversammlung. (Siehe Inserat in heutiger Tagesblattausgabe.) Herr Dr. Kern-Dresden wird einen Vortrag über „Aufzuchtstranheiten“ halten.

— Bundesfahrt nach der Wasserfante betr. Wir werden gebeten, darauf hinzuweisen, daß die Bundesfahrt der Sächsisch-Thüringischen Landmannschaften nicht im Rat, sondern vom 1.—8. August d. J. stattfindet. Diese Fahrt hat mit der im Rat geplanten Sachfahrt nichts gemein.